

Gezwungen zum unmittelbaren Zwang

von Clemens Lorei (Februar 2001)

(Erweiterte Version des gleichnamigen Beitrages im Heft *Gewalt gegen Polizeibeamte* des Deutschen Polizeiblattes für die Aus- und Fortbildung, Heft 1/2001, S. 13-18)

Einleitung

Eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage für einen polizeilichen Schusswaffengebrauch kann aus dem Polizeirecht, dem Strafprozessrecht und den sog. Notrechten des Strafrechts abgeleitet werden.¹ Dabei stellt er eines der Mittel des unmittelbaren Zwangs dar und dient der Durchsetzung von Polizeiverfügungen.² In entsprechenden Situationen kann ein Polizist³ durch die Handlungen eines Gegenübers sich gezwungen fühlen, vom unmittelbaren Zwang in Form der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Psychologisch interessant erscheint hierbei, dass aber nicht nur die - relativ seltene - konkrete Situation - wie üblich gesehen - zum Schusswaffengebrauch 'zwingt', sondern sich dies aus der Zugehörigkeit zum Beruf des Polizisten ergeben kann. Denn im Unterschied zu 'Jedermann', der sich ausschließlich auf die Notrechte des Strafrechtes berufen und diese als Rechtfertigung heranziehen darf, ist jeder Polizist auf Grund seiner beruflichen Tätigkeit und in Verbindung mit dem Polizei- und Strafrechtes 'gezwungen', eine Dienstwaffe zu tragen,⁴ sie entsprechend einzusetzen und eventuell in entsprechenden Situationen zu schießen. Diese Aussage ist nicht als rechtliche Ableitung einer Schießpflicht aus Polizei- und Strafprozessrecht anzusehen, wozu mir schon der juristische Hintergrund fehlt.⁵ Vielmehr scheint die Literatur die Rechtsgrundlage für einen Schusswaffengebrauch als Befugnis und nicht als Pflicht darzustellen.⁶ Es ist darauf hinzuweisen, dass eine (gewisse) Verpflichtung zum Schießen auf Anordnung polizeirechtlich verankert ist.⁷ Es ist zusätzlich denkbar, aus der Wahrscheinlichkeit, in Situationen mit gewaltbereiten Tätern zu geraten, und aus der polizeilichen Aufgabe 'Gefahrenabwehr' die Notwendigkeit (nicht im juristischen Sinne) eines Schusswaffengebrauchs abzuleiten.

Um es nochmals deutlich zum Ausdruck zu bringen: Dies soll keine juristische, sondern vielmehr eine psychologische Sichtweise darstellen. Von vorrangiger Bedeutung ist dabei, dass es zum Beruf des Polizisten gehört, dass er in eine Situation kommen kann, in der es möglich, eventuell sogar notwendig ist, dass er mit seiner Dienstwaffe schießt. Auf jeden Fall muss er seine Schusswaffe im Sinne des später beschriebenen psychologischen Konzeptes 'Schusswaffeneinsatz' einsetzen. Ausgehend von dieser provokativen Sichtweise ergeben sich verschiedene psychologische Aspekte für den Umgang mit der Dienstwaffe.

Psychologie und Eigensicherung

Die Psychologie als Wissenschaft vom Verhalten und Erleben des Menschen zeigt selbstverständlich ihre Zuständigkeit auf, wenn es darum geht, Ereignisse zu erklären und zu verändern, die vornehmlich auf Verhalten zurückzuführen sind. So verwundert es nicht, wenn die Psychologie der Arbeitssicherheit in Industrie und Verkehr einen sehr hohen Stellenwert hat. Viele dort gewonnenen Erkenntnisse lassen sich auf den Bereich der polizeilichen Eigensicherung übertragen, so dass man schon fast von einer Psychologie der Eigensicherung sprechen kann (vgl. Füllgrabe, 1999).

Für die Erklärung von Unfällen und katastrophalen Ereignissen lässt sich regelmäßig ein Zuordnungsmuster von Ursachen beobachten (siehe Tabelle 1). Verschiedentlich wird ein einseitiges Schuldzuschreiben auf einen Faktor ohne Berücksichtigung der übrigen vorkommen (vgl. Wenninger, 1991, S. 52). Wie Reason (1994, S. 224) - einer der führenden Wissenschaftler im Bereich Fehler und Unfälle - jedoch feststellt, werden "die größeren Katastrophen ... wenn überhaupt, dann nur selten durch einen einzigen Faktor, sei er mechanischer oder menschlicher Art, verursacht". Entsprechend ist für eine psychologische Betrachtung der Eigensicherung und des polizeilichen Schusswaffeneinsatzes die Berücksichtigung aller Faktoren notwendig. Dies sind also insbesondere persönliche Einstellungen (z.B. Einschätzung von Gefahren des polizeilichen Einsatzes), Eigenschaften (z.B. Stresstabilität und Risikobereitschaft), Fertigkeiten (z.B. Waffenhandling und Einsatzerfahrung), situative und gesellschaftliche Bedingungen (z.B. Stress und Gewaltbereitschaft) und organisatorische Gegebenheiten (z.B. Ausrüstung mit Waffen, Munition und Schutzwesten, Qualität und Quantität der Aus- und Fortbildung, Dienstvorschriften). Im Folgenden möchte ich kurz auf einige häufig thematisierte Faktoren eingehen. Eine ausführliche Diskussion muss an anderer Stelle erfolgen und erfordert noch umfangreiche Forschung. Das Eingehen auf psychologische Eigenschaften des Waffenträgers bedeutet nicht, dass eine personenorientierte Sichtweise favorisiert und die Verantwortung für das Gelingen der Eigensicherung beim handelnden Polizisten alleine gesehen wird. Vielmehr sind alle oben genannten Faktoren uneingeschränkt zu berücksichtigen. Gerade im systemischen Zusammenspiel von Personen, Organisation, Interaktionsstruktur und Situation liegt die Annäherung an eine realistische Wahrnehmung der Entstehung und Prävention von Unfällen und katastrophalen Ereignissen. Auf potenzielle Optimierungsmöglichkeiten in Struktur und Durchführung der Organisation Polizei und der Aus- und Fortbildung wird an anderer Stelle eingegangen (siehe Lorei, 1999a-c, 2000a-d,f).

Tabelle 1: Zuordnung von Unfallursachen (Nach Wenninger, 1991, S. 54)

	stabil	variabel
Person	Eigenschaften und Einstellungen: Leichtsinn, Risikobereitschaft	Kenntnisse, Fertigkeiten, Unaufmerksamkeit
Umwelt	überdauernde Merkmale: Schicht, Zeitdruck, Überforderung, gesellschaftliche Merkmale	mangelnde Ausbildung, unangemessene Sicherheitsvorkehrungen, fehlende Schutzausrüstung

psychologisches Konzept 'Schusswaffeneinsatz'

Für eine systematische Betrachtung der wohl folgenreichsten polizeilichen Maßnahme – die Anwendung des unmittelbaren Zwangs in Form des Schusswaffengebrauchs – ist die Formulierung eines Konzeptes, indem der Schusswaffengebrauch als Moment der Schussabgabe in einen umfassenderen Rahmen, nämlich dem Schusswaffeneinsatzes, eingebettet wird, unumgänglich (siehe Abbildung 1). Unter dem Schusswaffeneinsatz soll sämtliches Verhalten und Erleben im Zusammenhang mit der Schusswaffe im weitesten Sinne verstanden werden.⁸ Der Schusswaffeneinsatz beinhaltet u.a. das Tragen und Ziehen der Dienstwaffe, Drohgebärden mit ihr oder den Warnschuss. Der Schusswaffeneinsatz beginnt somit bei Dienstbeginn.⁹ Der Schusswaffeneinsatz findet seinen Anfang u.a. in der Art, wie (und teilweise sogar ob) die Dienstwaffe getragen wird (streifenfertig oder nicht). Diese logische Voraussetzung ist nicht selbstverständlich. Es finden sich immer wieder Berichte über Polizisten, die ihre Dienstwaffe nicht mitführten oder im unterladenen Zustand hielten (Sessar, Baumann & Müller, 1980; Sohnmann, 1996). Gründe hierfür sind u.a. in individuellen Überzeugungen und mentalen Einstellungen zu suchen.

Das von Lorei (1999a) vorgestellte Konzept des Schusswaffeneinsatzes versteht sich dabei nicht als Alternative oder Ersatz im Sinne einer Antithese zum deeskalativen Einsatzmodell von Bernt & Kuhleber (1991). Vielmehr ist es zu ihm kompatibel und als Ergänzung anzusehen.



Abbildung 1: psychologisches Konzept des polizeilichen Schusswaffeneinsatzes nach Lorei, 1999a

Statistisches zum Schusswaffeneinsatz

Zentrale Frage nach den Ermordungen von 8 Polizisten im Jahr 2000¹⁰ war: "Nimmt die Gewalt gegen Polizisten zu?" Häufig fiel die Antwort mit einem klaren 'Ja' aus. Ohne jedoch die Tragik der Tötung dieser Polizisten und die emotionale Betroffenheit aller Polizisten und weiter Bevölkerungskreise geringschätzen zu wollen, sollte diese Aussage hinsichtlich ihrer Begründetheit geprüft werden. Ziel ist dabei nicht ein Verharmlosen der Ereignisse oder ein mögliches Herunterspielen der Gefahr, denen ein Polizist

begegnet. Vielmehr geht es um ein realistisches Einschätzen und Analysieren der Lage und ein entsprechend gezieltes Vorgehen, um eine maximale Sicherheit für den Polizeibeamten und den Bürger zu gewährleisten. Panikmache kann ebenso zu einem Verhalten führen, das katastrophale Folgen hat wie die Negation der Gefahr.

Zunächst ist zur Schätzung der Gewaltentwicklung gegen Polizisten aus der Tötungsstatistik zu sagen, dass die Anzahl getöteter Polizisten nicht unbedingt ein zuverlässiger Index für die Gewalt gegenüber der Polizei anzusehen ist (vgl. Lorei, 2001b). Die Tötung eines Polizisten stellt nur einen Teil der Gewalt dar, die ein mehr oder minder abschätzbarer Eisberg ist. Inwiefern die Anzahl getöteter Polizeibeamter mit dem Umfang und Ausmaß von Gewalt in Verbindung steht, ist ohne umfassende Erhebungen nur mutmaßbar. Zur Statistik der Todeszahlen muss unbedingt der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, die Angriffe gegen Polizeibeamte und ähnliches hinzugezogen werden (vgl. Jäger, 1988; PFA, 1994; Falk, 2000). Eine Zunahme der Gewalt kann nur unter Zuhilfenahme umfangreicher Daten behauptet werden.

Entwicklung der Anzahl getöteter Polizisten

Wird jedoch gefragt, ob sich eine Entwicklung hinsichtlich der Tötung von Polizeibeamten abzeichnet, so kann dies durch die Statistik einigermaßen beantwortet werden. Als Basis dienen mir für eine Betrachtung Daten der PFA und eigene Beobachtungen (siehe Abbildung 2). Eine Gewaltzunahme rein intuitiv anzunehmen erscheint insofern kritisch, da die Gewaltwahrnehmung massiven Einflüssen der Medien ausgesetzt ist. Dies zeigte sich u.a. schon 1979 in New York, als dort eine Kriminalitätswelle gegen ältere Leute angenommen wurde, die sich als faktisch nicht vorhanden, sondern durch entsprechende Berichterstattungen provoziert herausstellte (National Criminal Justice Commission, 1998, S. 41f.). Ähnliches soll sich laut National Criminal Justice Commission (1998, S. 41ff.) in anderen Bereichen der Kriminalität wiederholen. Dabei kann nicht von einem Zusammenhang zwischen Medienberichten und echter Kriminalitätsrate ausgegangen werden (Davis, 1951). Vielmehr werden in Berichterstattungen spektakuläre Ereignisse bevorzugt dargestellt und damit überbetont.

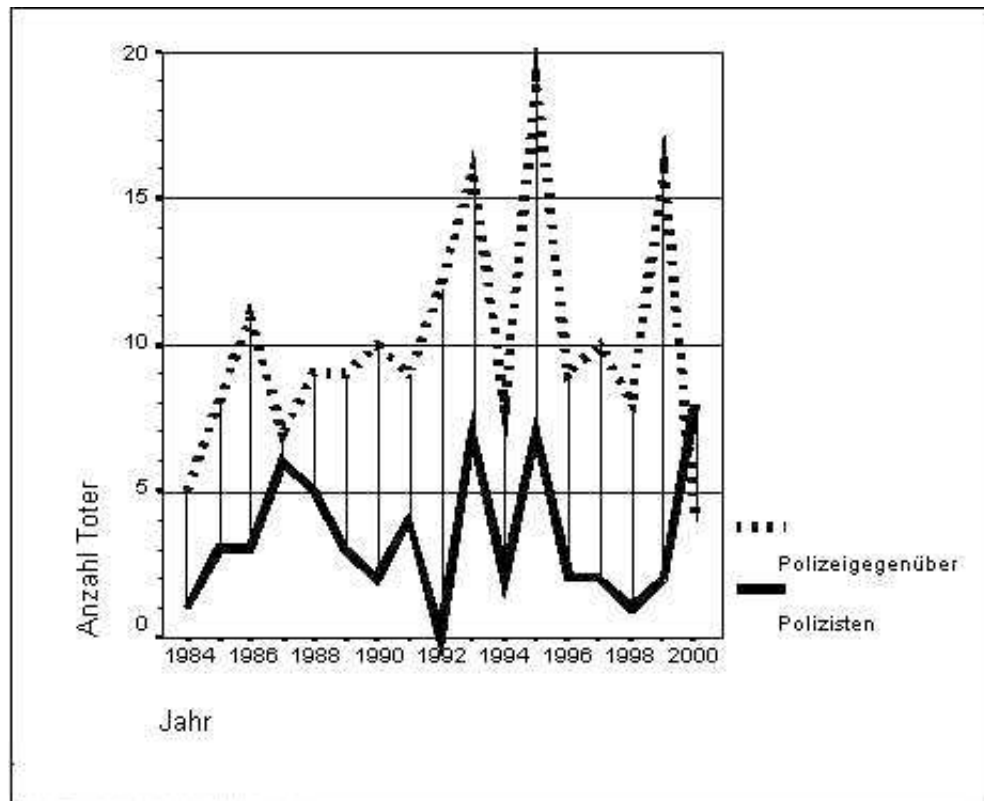


Abbildung 2: Anzahl getöteter Polizisten und Polizei gegenüber für die Jahre 1984-2000

Zur Frage nach einer Zunahme gehört unbedingt die Bestimmung eines Vergleichspunktes. Die Wahl der Basis dieser Betrachtung ist dabei ausschlaggebend für das Ergebnis (vgl. Krämer, 1997, S. 27ff.). Zieht man als Vergleich der Anzahl getöteter Polizisten für das Jahr 2000 die Zahlen des Jahres 1999 heran, hat sich die Tötung von Polizeibeamten vervierfacht: eine sehr dramatische Entwicklung wäre zu schlussfolgern. Im Vergleich zu 1993 oder 1995 jedoch zeichnet sich ein geringe Zunahme ab. Für 1996 bis 1999 wäre gegenüber 1995 eine deutliche Abnahme der Tötung von Polizeibeamten zu verzeichnen. So können je nach Wahl der Vergleichsbasis unterschiedliche, ja widersprüchliche Aussagen getroffen werden.

Mehr als der Vergleich zweier Datenpunkte kann eine Zeitreihe aussagen. Hier kann z.B. ein Trend bestimmt werden, der Unterschiede zwischen Zeitpunkten in Bezug zu den allgemeinen Schwankungen berücksichtigt. Die hier vorgenommenen Berechnungen beginnen ab dem Jahr 1984, da mir erst ab diesem Zeitpunkt geeignete Daten vorliegen. Auch hier kann die Wahl des betrachteten Zeitintervalles das Ergebnis entscheidend beeinflussen.

Bei der statistischen Beschreibung der Datenreihe aufgrund einer mathematischen Kurvenanpassung¹¹ konnte sich keine Entwicklung innerhalb des beobachteten Zeitraumes abzeichnen. Die Versuche, die Datenreihen mittels linearen, quadratischen oder kubischen Regressionsgleichungen annähernd zu beschreiben, scheiterten unabhängig davon, ob es sich um die Anzahl getöteter Polizisten oder getöteter Gegenüber handelte.¹² Damit kann keine Entwicklung ausreichend genau beschrieben werden. Statistisch gesehen konnte hier also nicht be- oder widerlegt werden, dass tödliche Gewalt gegen Polizisten oder auch von Polizisten zunimmt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Lester (1996, 1999) für die Vorhersage von Gewalt gegen Polizeibeamte in der USA vor allem die allgemeine Tötungsrate, soziale Indikatoren von Gewalt und eine soziale Desintegration verantwortlich macht. Ließe sich dies auf Deutschland übertragen, sollten sich statistische Zusammenhänge zwischen Fallbereichen der polizeilichen Kriminalstatistik wie z.B. der Anzahl von Straftaten insgesamt, Mord und Totschlag, Schusswaffenverwendung, Körperverletzung oder der Gewaltkriminalität mit der Anzahl getöteter Polizisten nachweisen lassen. Diese Zusammenhänge konnten jedoch mit den oben beschriebenen Zahlen und den verschiedenen Angaben der Polizeilichen Kriminalstatistik (BKA, 2000) nicht gefunden werden (siehe Tabelle 2).¹³ Dies könnte u.a. daran liegen, dass die Anzahl getöteter Polizeibeamter relativ stark schwankt und selbst keinem einheitlichen Trend folgt, während die Kriminalstatistiken eher relativ stabile Entwicklungen mit teilweise unterschiedlichen Trends zeigen.¹⁴ Dies gibt Anlass zu Überlegungen, ob die Tötung von Polizeibeamten z.B. im Zuge einer allgemeinen Gewalt- und Kriminalitätszunahme - wenn diese so existiert - zu sehen ist oder vielmehr als spezifische Tat angesehen werden muss, die sich nicht aus der allgemeinen Entwicklung von Gewalt und sozialer Probleme ableiten läßt. Die hier verwendeten Daten sprechen eher für letztere Sicht, ohne dass damit sofort ein 'Feindbild Polizei' proklamiert werden soll.

Tabelle 2: Korrelationen der Anzahl getöteter Polizisten mit verschiedenen Straftaten (Zahlen entnommen der PKS)

		Straftaten insgesamt	Schusswaffenverwendungen insgesamt	Mit Schusswaffe gedroht	Mit Schusswaffe geschossen
Getötete Polizisten	Korrelation nach Pearson	.265	.015	-.009	.063
	Signifikanz (2-seitig)	.321	.956	.975	.817
	N	16	16	16	16
** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.					

Fluktuation der Anzahl getöteter Polizisten

Da hier kein eindeutiger Trend in der Entwicklung der Todeszahlen gefunden werden konnte, stellt sich die Frage, ob und warum die Anzahl von getöteten Polizisten oder Polizeigegegnern schwankt. Dies könnte als Fluktuation gesehen werden, bei der z.B. auf einen Zeitabschnitt mit vielen Toten einer mit wenigen Toten folgt, da z.B. mehr Vorsicht geübt wird, die dann irgendwann wieder nachläßt. Umgekehrt macht sich eventuell ein gewisser Leichtsinn nach einer Zeit mit wenigen tödlichen Ereignissen breit, der sich später in einer Häufung von fatalen Ereignissen niederschlägt. Statistisch ist diese Möglichkeit mittels Autokorrelationen zu prüfen.¹⁵ Eine Tendenz in Richtung dieser Fluktuationart wird für die Anzahl getöteter Polizisten angenommen: Hier verpasste ein mittlerer umgekehrter Zusammenhang der Anzahl von getöteten Polizeibeamten, die 3-4 Jahre auseinander liegen, nur knapp das Signifikanzniveau (siehe Abnbildung 3 und 4, siehe Tabelle3).¹⁶

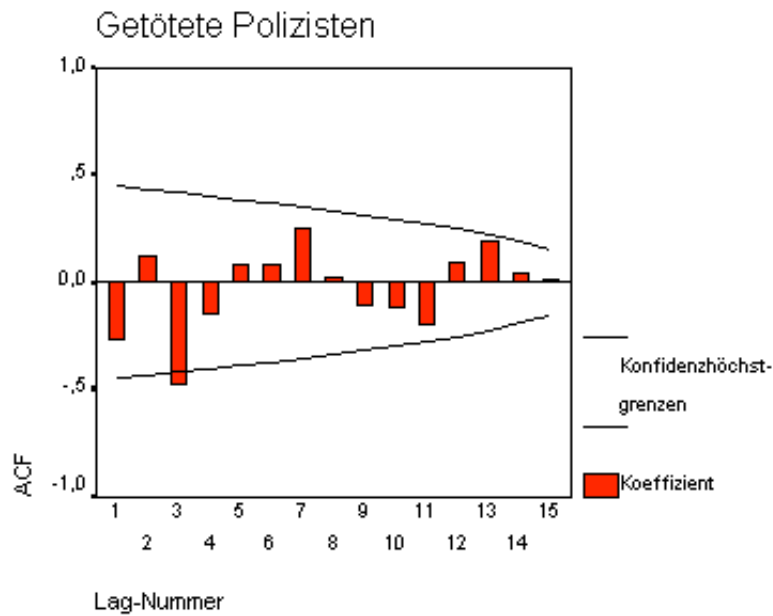


Abbildung 3: Autokorrelation der Anzahl getöteter Polizisten

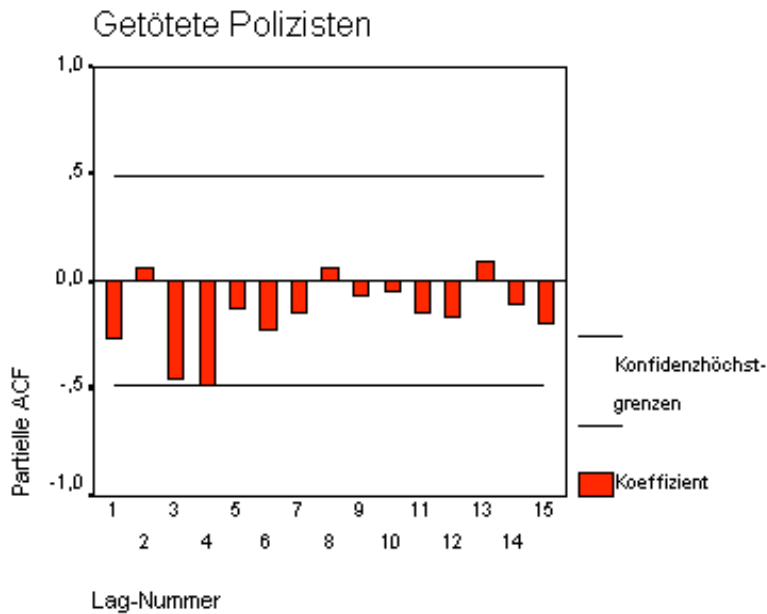


Abbildung 4: Partielle Autokorrelation der Anzahl getöteter Polizisten

Tabelle 3: Autokorrelation der Anzahl getöteter Polizisten

Autocorrelations:		POL Getötete Polizisten											
Lag	Corr.	Err.	-1	-.75	-.5	-.25	0	.25	.5	.75	1	Box-Ljung	Prob.
1	-,264	,223					*****I					1,410	,235
2	,129	,215					I***					1,767	,413
3	-,470	,208			*	*****I						6,872	,076
4	-,141	,201					***I					7,368	,118
5	,083	,193					I**					7,555	,183
6	,089	,185					I**					7,785	,254
7	,255	,176					I*****					9,887	,195
8	,021	,167					*					9,903	,272
9	-,108	,157					**I					10,377	,321
10	-,121	,147					**I					11,048	,354
11	-,198	,136					*****I					13,164	,283
12	,096	,124					I**					13,754	,317
13	,187	,111					I****					16,579	,219
14	,050	,096					I*					16,848	,264

Plot Symbols: Autocorrelations * Two Standard Error Limits .
 Total cases: 17 Computable first lags: 16

Dies lässt tendenziell annehmen, dass auf ein Jahr mit relativ vielen Polizistenmorden ca. 3-4 Jahre später diese eher seltener sind, um dann wieder 3-4 Jahre später sich zu häufen (siehe Abbildung 5). Lässt sich diese Fluktuation statistisch und auch inhaltlich belegen, d.h. zeigen, dass z.B. ein gewisser Leichtsinns und die gesteigerte Vorsicht bei den Polizeibeamten - wie theoretisch beschrieben - vorhanden ist, muss das Ausbrechen aus diesem Teufelskreislauf unbedingt gefordert werden. Es sind dabei jedoch auch oben stehende Ausführungen zur multifaktoriellen Verursachung dieser Ereignisse zu berücksichtigen. Ansätze einer (momentanen) Bewusstseinsänderung auf Grund der dramatischen Ereignisse des Jahres 2000 kann man in dem verstärkt zu beobachtendem Tragen von Schutzwesten sehen (vgl. auch Lorei 2001a). Dies muss jedoch als subjektive Einschätzung mit Vorsicht behandelt werden und kann eine empirische Bestätigung nicht ersetzen. Vielmehr ist sie ebenso auf ein Sensibilisieren des Beobachters zurückführbar (vgl. die durch Medien beeinflusste Gewaltwahrnehmung im Absatz "Entwicklung der Anzahl getöteter Polizisten").

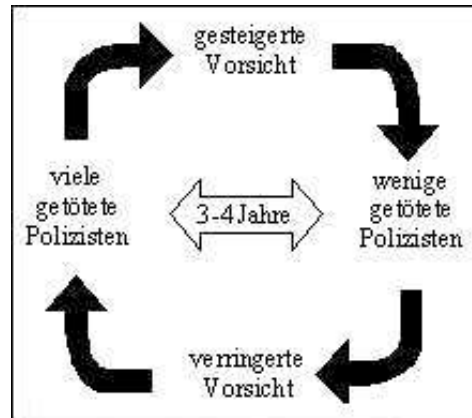


Abbildung 5: Mögliche Fluktuation der Anzahl getöteter Polizisten

Gewaltspirale

Im Zusammenhang mit der Diskussion, ob Gewalt gegen Polizisten zunimmt und wie die Polizei darauf zu reagieren habe, findet sich häufig auch die Thematik der Gewaltspirale (vgl. Jäger, 1991; Bernt & Kuhleber, 1991; Schmalzl, 1996; im Zusammenhang mit dem "New Yorker Modell" Brüchert & Steinert, 1998).¹⁷ Hierbei wird davon ausgegangen, dass z.B. ein restriktiver Schusswaffengebrauch durch die Polizei auch zu einer Einschränkung des Gebrauchs von Tötungsmitteln durch Täter zur Folge haben kann, bzw. ein intensivierter Schusswaffeneinsatz, das Risiko als Polizist getötet zu werden dadurch erhöht, dass er z.B. das Aggressionspotenzial auf Täterseite fördert. In anderer Form findet sich diese Diskussion beim Einsatz einer Schutzweste wieder: Hier wird angeführt, dass diese deshalb nicht von Vorteil sei, da dann ein Täter sofort auf den ungeschützten Kopf schieße.

Die Klärung der Frage nach einer Gewaltspirale ist von entscheidender Bedeutung. Während Jäger (1991) Ergebnisse aus den USA anführt, die für eine Gewaltspirale sprechen, soll im Folgenden versucht werden, aus deutschen Zahlen statistisch Licht in diese Thematik zu bringen.

Betrachtet man Anzahl Getöteter oberflächlich (siehe Abbildung 1), so fällt auf, dass für die Jahre 1993 - 1996 ein ähnlicher Verlauf für die Anzahl Toter auf beiden Seiten zu finden ist. Diese Ähnlichkeit findet sich jedoch in den übrigen Jahren weniger ausgeprägt oder ins Gegenteil verkehrt. Um von einer Gewalt- bzw. in diesem Zusammenhang von einer Tötungsspirale zu sprechen, muss mindestens ein statistischer Zusammenhang zwischen beiden Datenreihen nachweisbar sein. Ist diese Bedingung erfüllt, bedeutet dies, dass ein statistischer Zusammenhang zwischen der Tötung von Polizisten und der Tötung von Polizeigegegnern besteht, diese also irgendwie miteinander verbunden sind. Dabei ist dieser statistische Zusammenhang nur notwendig und keinesfalls für eine Gewaltspirale hinreichend. Eine kausale Interpretation der Daten verbietet sich mathematisch.

Die beiden Datenreihen sind mathematisch als Zeitreihen aufzufassen, deren Beziehung zueinander durch eine Kreuzkorrelation¹⁸ bestimmt werden kann. Diese zeigt für kein Lag eine statistisch bedeutsame Beziehung zwischen der Anzahl getöteter Polizisten und der Anzahl getöteter Polizeigegegnern (siehe Abbildung 6). Damit muss die Annahme, dass die Anzahl getöteter Personen auf einer Seite mit der auf der anderen Seite zusammenhängt, als statistisch nicht bestätigt angesehen werden. Dies deckt sich auch mit der Sichtweise, dass Ereignisse multikausal, also durch viele Faktoren, verursacht werden und nicht unbedingt auf einfachste Zusammenhänge zurückzuführen sind. Wie schon zuvor erwähnt, sind die hier getroffenen Feststellungen auf die Anzahl getöteter Personen beschränkt. Es muss unklar bleiben, wie die Verhältnisse in einem viel allgemeineren Bereich wie Gewalt zu sehen sind. Sieht man jedoch die Todeszahlen als hinreichend genauen Index für Gewalt an, muss aus den oben beschriebenen Berechnungen geschlossen werden, dass sich weder ein Trend noch ein Zusammenhang für Gewalt gegen und von Polizisten hier belegen lässt.

Dies soll nicht als Anlass für Untätigkeit und Sorglosigkeit Verwendung finden. Vielmehr ist weiterhin der Schusswaffeneinsatz zu optimieren,¹⁹ um einer Entwicklung Vorsorge zu leisten und die jährlich wiederkehrenden Todesfälle zu minimieren. Denn es kann nicht sein, dass man sich nur im Falle eines Anstiegs von Gewalt zu Änderungs- und Optimierungsmaßnahmen veranlasst sieht. Dies bedeute, dass man die Anzahl getöteter Personen bisher akzeptiert und eine Notwendigkeit, diese zu verringern, nicht sieht.

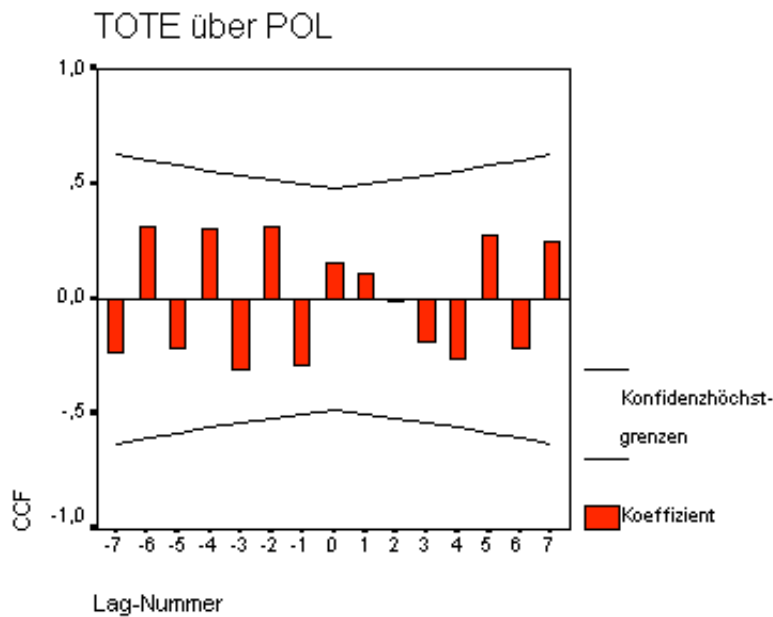


Abbildung 6: Kreuzkorrelation zwischen der Anzahl getöteter Polizisten und der Anzahl getöteter Polizeigegegenüber

Folgen eines veränderten Schusswaffengebrauchs

In der Folge der Tötung von insgesamt 4 Polizisten im Juni 2000 wurden immer wieder die Forderung nach einem 'härteren Durchgreifen', 'massiveren' Eigensicherungsmaßnahmen, einem progressiveren Schusswaffeneinsatz und 'amerikanischen Verhältnissen' laut (vgl. Frankfurter Neue Presse, 24.6.2000; Hasselmann, 27.6.2000). Bei der Diskussion um Veränderungsmaßnahmen ist neben einer möglichen Gewaltspirale jedoch auch zu berücksichtigen, was man statistisch als Fehler erster und zweiter Art bezeichnet (siehe Tabelle 4). Die Schwierigkeit der exakten Bestimmung des richtigen Schusswaffeneinsatzes lässt sich am Beispiel des Fehlers erster und zweiter Art in der Statistik (vgl. Bortz 1989, S. 144 ff.) verdeutlichen. Eine reale Situation ist dadurch bestimmt, dass ein Polizist eine Entscheidung²⁰ zu treffen hat, welches Verhalten bezüglich des Schusswaffeneinsatzes er durchführen wird. Dabei stützt er seine Entscheidung auf eine Vermutung bezüglich der Gefährlichkeit seines Gegenübers, die durch mehr oder weniger Tatsachen erhärtet wird. Zwar lässt sich die Gefährlichkeit des Gegenübers als kontinuierliches Maß zwischen zwei Extrempolen annehmen, jedoch wird sie hier beispielhaft in ihren zwei Extremausprägungen dargestellt. So schätzt der Polizist die Gefährlichkeit seines Gegenübers entweder als hoch ein, weil er in ihm einen gefährlichen Täter sieht, oder aber als gering, weil er von seinem Gegenüber annimmt, er sei ein harmloser Bürger (siehe Tabelle 4). In beiden Fällen wird er sein Verhalten bezüglich des Schusswaffeneinsatzes entsprechend gestalten, d. h. er wird die Schusswaffe progressiver (entspricht einem Aufenthalt in fortgeschrittenen Phasen des Schusswaffeneinsatzes) einsetzen, wenn er von einer hohen Gefahr durch sein Gegenüber ausgeht. Er wird die Schusswaffe eher konservativer (entspricht einem Aufenthalt in den sehr frühen Phasen des Schusswaffeneinsatzes) einsetzen, wenn er annimmt, einen harmlosen Bürger vor sich zu haben. Dieses Verhalten ist nun in Bezug zu setzen zu der tatsächlich vorhandenen Situation. Liegt der Polizist mit seiner Vermutung richtig, so resultiert daraus ein angemessenes Verhalten mit geringer Belästigung für den Bürger bzw. geringer Chance für einen gefährlichen Täter bei hoher Sicherheit für den Polizisten (siehe Tabelle 4). Ist jedoch seine Vermutung falsch, so kann er zwei Fehler begehen, den Fehler erster und den Fehler zweiter Art (siehe Tabelle 4). Für die Einschätzung der beiden Fehlerarten ist es wichtig, deren mögliche oder auch faktische Konsequenzen zu berücksichtigen. Für den Fehler erster Art ergibt sich im besten Fall 'nur' eine erhöhte Belästigung des Bürgers, im schlechtesten Fall kann es durch eine Verkettung misslicher Umstände zu einer erheblichen Schädigung des Bürgers kommen (siehe Heldrungen, 27.6.1999: Polizisten erschießen einen unschuldigen Wanderer, weil sie ihn für einen gefährliche Mörder hielten). Die Konsequenzen des Fehlers erster Art trägt also in erster Linie das Polizeigegegenüber. Beim Fehler zweiter Art liegen die Konsequenzen anders. Hier begibt der Polizeibeamte sich in eine Lage mit erhöhtem Gefahrenpotential – mit den möglichen Konsequenzen von keinerlei Auswirkungen bis hin zur erheblichen Schädigung des Polizeibeamten.

Tabelle 4: Fehler erster und zweiter Art beim Schusswaffeneinsatz

		angenommene Gefahr und daraus resultierendes Verhalten	
		gefährlicher Täter → progressiver Schusswaffeneinsatz	„harmloses“ Gegenüber → konservativer Schusswaffeneinsatz
tatsächliche Gefahr	gefährlicher Gegenüber	korrekte Einschätzung → angemessenes Verhalten (geringe Chance für Täter - relativ hohe Sicherheit für den Polizisten)	Fehler erster Art → unangemessenes Verhalten (große Chance für Täter - Gefahr für den Polizisten)
	„harmloser“ Gegenüber	Fehler zweiter Art → unangemessenes Verhalten (erhöhte Belästigung/Gefahr für Bürger - Sicherheit für den Polizisten)	korrekte Einschätzung → angemessenes Verhalten (geringe Belästigung/Gefahr für Bürger - Sicherheit für den Polizisten)

Anmerkung: Die Gefährlichkeit des polizeilichen Gegenübers in der Realität und in der Annahme des Polizisten wird hier exemplarisch zur Vereinfachung dichotom dargestellt. Allgemein ist aber eher von einem Kontinuum zwischen diesen zwei Extrempolen auszugehen.

Beim Bestreben, die Auftretenswahrscheinlichkeit beider Fehlerarten zu minimieren, ergibt sich das Problem der wechselseitigen Abhängigkeit der beiden Fehler: „a- und b-Fehler-Wahrscheinlichkeit verändern sich ... gegenläufig“ (Bortz 1989, S. 155). Wird versucht, die Auftretenswahrscheinlichkeit des a-Fehlers (Fehler erster Art) durch einen konservativeren Schusswaffeneinsatz zu verringern, so steigt die Auftretenswahrscheinlichkeit eines b-Fehlers (Fehler zweiter Art), d. h. die Sicherheit für den Polizisten nimmt ab (siehe Abbildung 7). Faktisch wird also eine erhöhte Sicherheit/geringere Belästigung des Polizeigegegenübers durch eine verminderte Sicherheit des Polizisten erkaufte. Umgekehrt führt der progressivere Schusswaffeneinsatz zu einer erhöhten Sicherheit auf Seiten der Polizei, jedoch zu einer verstärkten Belästigung/verminderten Sicherheit beim Polizeigegegenüber.

Offen muss bei dieser Betrachtung bleiben, wie die genauen Verhältnisse in der Realität aussehen, d. h. wie die Kurvenverläufe in Abbildung 7 zu bestimmen sind und wo sie sich schneiden. Hier kann allein eine auf Statistik und Expertise gestützte Abschätzung eine Näherung bringen. Veränderungsmöglichkeiten der Abhängigkeit des a- und b-Fehlers sind zur Findung eines besseren Kompromisses ebenso zu prüfen wie die Veränderungsmöglichkeiten hinsichtlich der aus den potentiellen Fehlern resultierenden Konsequenzen.²¹

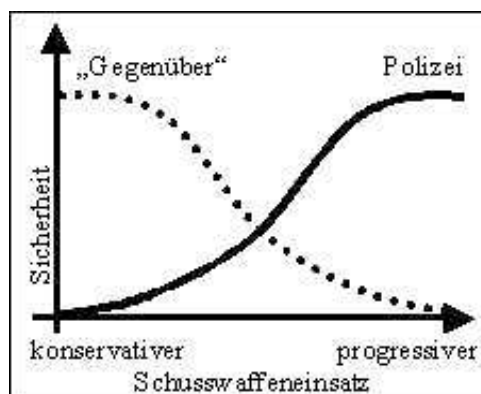


Abbildung 7: Hypothetisches Verhältnis Fehler erster und zweiter Art

Die Existenz dieses Verhaltens von a- und b-Fehler ist einem Polizisten mehr oder minder bewusst bei seiner Entscheidung zur Art des Schusswaffeneinsatzes. Letztendlich hängt die Entscheidung von verschiedenen Faktoren ab. Für die Aus- und Fortbildung von besonderer Bedeutung ist dabei die allgemeine Einstellung zu dieser Problematik und die Einschätzung der potenziellen Gefahr. Die allgemeine Einstellung zu dieser Problematik wird eine Grundtendenz hin zu einer Verhaltensart mitbestimmen. Die Einschätzung der potenziellen Gefahr und die aktuelle Gefahrenwahrnehmung werden die Intensität in eine Richtung des Schusswaffeneinsatzes verstärken oder hemmen. Auf diese Faktoren ist es nicht nur möglich, im Rahmen einer Aus- oder Fortbildung Einfluss zu nehmen, sondern dieser findet unweigerlich statt.

Während persönliche oder offizielle Entscheidungen zu einem progressiven oder konservativen Schusswaffeneinsatz bei gleicher Situationen ein Abwägen der Fehlerisiken und die Bewertung der Folgen nötig macht, sind auch Maßnahmen vorstellbar, die bei bestehender Abhängigkeit der Fehler deren Wahrscheinlichkeit verringert. Dies sind insbesondere Veränderungen, die die Sicherheitskurven verschieben. Vorstellbar ist hier eine genauere Einschätzung des Polizeigegegenübers durch eine Verbesserung der Passung (siehe unten). Falsche Einschätzungen und inadäquates Verhalten können sich nämlich durch mehrdeutiges Verhalten und missverständliche Handlungen des Gegenübers hervorgerufen werden. Häufig weiß ein Bürger nicht, wie er sich einem Polizeibeamten gegenüber zu verhalten hat, um diesem eindeutige Zeichen seiner Kooperation zu geben und ihm Sicherheit zu

spenden. Da hilft auch die Ermahnung "keine falsche Bewegung" nichts. Denn woher soll ein Polizeigegegenüber wissen, was der Polizist darunter genau versteht und wie er sich nun alternativ zu verhalten hat? Besser sind in jedem Fall klare und eindeutige Anweisungen, was genau erwartet wird. Eine Stufe weiter geht, den Bürger schon vor einem Zusammentreffen entsprechend zu informieren, wie sich verhalten kann, um zu einer möglichst sicheren und entspannten Situationen beizutragen. Im Bereich Straßenverkehr ist dies sicherlich auch schon im Rahmen der Fahrausbildung möglich.

Psychologie und Schusswaffeneinsatz

Polizeilicher Schusswaffeneinsatz ist Verhalten und Erleben. Dies impliziert die Zuständigkeit der Psychologie für Fragen der Erklärung und Beeinflussung der wohl folgenreichsten polizeilichen Einsatzmaßnahme. Viele Bereiche der Psychologie können hier zu einer Verhaltensoptimierung beitragen. Herausragende und momentan im Mittelpunkt des Interesses stehende Themen scheinen die Probleme der Gefahrenkognition und Passung, die Einstellung zum Schusswaffeneinsatz und Stress zu sein.

Gefahrenkognition & Passung

Menschliches Handeln wie der Schusswaffeneinsatz findet in Abstimmung zur Umwelt statt, wenn es effektiv sein soll. Damit ist es notwendig, Bedingungen der Außenwelt wahrzunehmen, um eigenes Verhalten entsprechend zu organisieren. Wahrnehmung funktioniert jedoch nicht wie eine Videoaufzeichnung im Sinne eines getreuen Abbildes der Wirklichkeit, sondern ist die aktive, subjektive Rekonstruktion nach der Realität, die durch unterschiedliche kognitive Prozesse entsteht. Demnach kann Verhalten nur dann situationsadäquat sein, wenn die Wahrnehmung die Wirklichkeit entsprechend widerspiegelt. Das subjektive Bild der Wirklichkeit muss also in gewissem Umfang zu Realität 'passen'. Für Gefahrenwahrnehmungen lassen sich mindestens 5 Gesichtspunkte der Arbeitsumgebung und Arbeitsorganisation anführen, die für eine Passung entscheidend sind und somit für riskantes Verhalten verantwortlich sein können (Wenninger, 1991, S. 71):

- Anschaulichkeit von Gefahren
- Kontinuität der Gefahrensignalisierung und Vorwarnzeiten
- Zugänglichkeit zu Gefahrenmerkmalen
- Dysfunktionalität von Handlungsabläufen
- Aufgabenstruktur und Arbeitsbedingungen

Eine eingehende Betrachtung und Analyse dieser Bereiche kann im Rahmen dieser Darstellungen nicht erfolgen und muss auf zukünftige Forschung verschoben werden. Jedoch sollen kurze beispielhafte Überlegungen der Verdeutlichung dienen.

Anschaulichkeit von Gefahren

Fehlwahrnehmungen hängen von der Verfügbarkeit der Gefahrenreize und -signale ab (Wenninger, 1991, S. 72). Eine Reaktion auf Gefahren - insbesondere eine richtige - wird um so wahrscheinlicher, je leichter eine Gefahr wahrgenommen werden kann. Im polizeilichen Einsatz wird neben direkten, also offensichtlichen Signalen vor allem die Interpretation von Situationsmerkmalen als Indiz von Gefahr und die Erfahrung eine Rolle spielen. Dies stellt erhöhte Anforderungen an den handelnden Polizisten (Wenninger, 1991, S. 72). Zum Beispiel ist es gerade Absicht von vielen Gewalttätern, die von ihnen ausgehende Gefahr zu verschleiern. Insbesondere Waffen werden nicht offensichtlich getragen oder sind als solche nicht erkennbar. Entsprechend muss für Gefahren in der Eigensicherung davon ausgegangen werden, dass sie häufig wenig anschaulich sind.

Kontinuität der Gefahrensignalisierung und Vorwarnzeiten

Gefahren bei der Eigensicherung entwickeln sich häufig aus einer Routinemaßnahme heraus (vgl. Sessar, Baumann, Müller, 1980; Falk, 2000). Dabei sind Gefahrensignale nicht kontinuierlich vorhanden, sondern treten unerwartet auf. Dies erfordert eine erhöhte Daueraufmerksamkeit und kann zu weniger schnellen und schlechteren Reaktionen führen (Wenninger, 1991, S. 73). Vorwarnzeiten können recht kurz oder sogar nicht vorhanden sein.

Zugänglichkeit zu Gefahrenmerkmalen

Informationen zur Gefahr müssen im polizeilichen Einsatzgeschehen meist aktiv und kontinuierlich eingeholt werden. Gefahrenmerkmale der Eigensicherung drängen sich meist nicht auf wie Alarmsignale von Industrieanlagen. Teilweise sind Informationen über den potenziellen Täter oder den Einsatzort nicht im Vorfeld des Einsatzes verfügbar und während der Lage nur eingeschränkt einzuholen. Häufig muss ein Gefahrenmerkmal auf Grund von Erfahrung erschlossen werden. Dies alles kostet neben Zeit vor allem Aufmerksamkeit, die in nur beschränktem Maße vorhanden ist.

Dysfunktionalität von Handlungsabläufen

Fehler als Ergebnis von Handlungen lassen sich teilweise auf ihr Dysfunktionalität zurückführen. Dies bedeutet, dass ein riskantes Verhalten näher liegt als ein sicheres. So kann z. B. ein übertriebenes Verringern von Distanzen um ein Gespräch in Lärmzonen zu ermöglichen, eine Gefährdung hervorrufen. Dies ist im privaten Bereich üblich, im Sinne der Eigensicherung jedoch kritisch. Es ist zu prüfen, ob z.B. Verhaltensregeln der PDV 371 (Leitfaden zur Eigensicherung) 'natürlichem' oder üblichem Verhalten widerspricht und damit sehr intensiv geschult und trainiert werden muss, um angewendet zu werden.

Aufgabenstruktur & Arbeitsbedingungen

Die Aufgaben im Bereich Schusswaffeneinsatz sind komplex, die Anforderungen an einen Polizisten hoch. Dabei sind die Bedingungen oftmals widrig. Routine kann zu riskantem Verhalten verleiten, das die alltägliche Arbeit erleichtert, jedoch in speziellen Situationen mit erheblichem Risiko verbunden ist. Es ist also nicht nur auf Seiten des Menschen nach Fehlern zu suchen. Vielmehr legt oft die Aufgabenstruktur diese nahe (vgl. Lorei, 1999a-c, 2000a).

Es muss für den Schusswaffeneinsatz als Folge der Gefahrenkognition eine Einschätzung der Situation erfolgen (vgl. oben "Folgen eines veränderten Schusswaffengebrauchs"). Da häufig eine relativ geringe Passung wie oben beschrieben zu erwarten ist, birgt das Verhalten relativ hohe Risiken bzgl. der Fehler erster und zweiter Art. Deshalb ist die Verbesserung der Passung durch entsprechende Schulung und Anpassung der Arbeitsumgebung und Arbeitsorganisation von großem Wert.

Einstellung

Einstellung wird als Merkmal einer Person angesehen, das eine überdauernde Ausrichtung auf Objekte meint (Mummendey, 1995, S. 30). „Einstellung ... bezeichnet also die Art und Weise, wie sich ein Individuum nicht in seinem offen beobachtbaren Verhalten, sondern in seinen Gedanken, Gefühlen, Bewertungen und allenfalls seinen Verhaltensabsichten bzw. Intentionen auf ein soziales Objekt richtet“ (Mummendey, 1995, S. 30). Einstellung ist dabei überdauernd und, da sie in erster Linie gelernt oder erworben wird, grundsätzlich unter bestimmten Bedingungen veränderbar (Mummendey, 1995, S. 31). Einstellungen können als Neigung angesehen werden, auf eine bestimmte Klasse von Reizen mit einer bestimmten Klasse von Reaktionen zu antworten (Rosenberg & Hovland, 1960 [zitiert nach Stahlberg, Frey, 1992, S. 145f.]). Beispielhaft sei die Einstellung eines Polizisten gegenüber der Durchführung einer Personenkontrolle genannt. Diese enthält eventuell die Meinung, dass Personenkontrollen mit einer gewissen Gefahr verbunden sind (kognitive Komponente). Sie ist mit einer bestimmten Menge Angst verbunden (affektive Komponente) und veranlasst zu einem vorsichtigen Vorgehen (Verhaltenskomponente).

Die Konsistenz zwischen Einstellung und Verhalten wird seit längerer Zeit heftig diskutiert. Einerseits nehmen Kritiker des Einstellungsbegriffs eine seltene Konsistenz von Einstellung und Verhalten zum Anlass, eine Verhaltensprognose aufgrund von Einstellungen für unmöglich zu halten (vgl. Thomas, 1991, S. 161f.). Andererseits kommen verschiedene Meta-Analysen zum Zusammenhang von Einstellung und Verhalten zu einer starken Beziehung zwischen Einstellung und Verhalten (Six & Eckes, 1994) und halten sogar das Konzept der Einstellung für den wichtigsten Prädiktor für Verhalten (Six & Eckes, 1996). Es muß beachtet werden, daß Verhalten nicht ausschließlich durch Einstellungen determiniert wird, vielmehr verschiedene weitere Faktoren auch eine Rolle spielen (siehe Mummendey, 1988; Six, 1998). Dabei sind u.a. das Ausmaß persönlicher Erfahrungen mit dem Einstellungsobjekt, soziale Normen und Persönlichkeitsmerkmale von Bedeutung (siehe Stahlberg & Frey, 1992, S. 169; Frey, Stahlberg & Gollwitzer, 1993, S. 367ff.). Auch der von der Persönlichkeitspsychologie bekannte interaktionistische Ansatz muss bei Einstellung berücksichtigt werden.

Geht man davon aus, dass Einstellungen und Gefahreinschätzungen von Polizisten deren Eigensicherung beeinflussen, stimmen die von Lorei (1999a,c 2000a, f) mitunter gefundenen Fehleinschätzungen nachdenklich. So finden sich mehrfach deutliche Über- und Unterschätzungen der Häufigkeit, mit der Polizisten im Dienst folgenreich angegriffen werden. Eine in einem Fragebogen geschilderte real vorgekommene Situation, bei der Polizisten ohne Vorwarnung beschossen werden, wird als unrealistisch eingeschätzt und die Polizisten nehmen häufig nicht an, dass dies ihnen selbst widerfahren könnte. Doch wie die Ereignisse des Jahres 2000 und auch zuvor zeigen, sind solche Vorfälle sehr realistisch.²² Das dies nicht automatisch zu einem riskanten Verhalten führen muss, wurde weiter oben erläutert. Dennoch kann es ein Teilchen des Puzzles 'mangelnde Eigensicherung und suboptimaler Schusswaffeneinsatz' sein.

Stress

Stress ist mittlerweile ein Modethema und wird als Begriff quasi inflationär eingesetzt. Dies schmälert jedoch keinesfalls seine Bedeutung für Gesundheit und Leistung. Der Polizeiberuf im Allgemeinen sowie insbesondere der Schusswaffeneinsatz sind mit Stress von hoher Intensität verbunden (vgl. Hallenberger & Mueller, 2000). Verläuft ein Einsatz suboptimal wird sofort Stress als Ursache ins Felde geführt. Dabei wird häufig nicht näher auf genaue Wirkmechanismen eingegangen, sondern angenommen, dass Stress sich stets negativ auswirkt. Es kann der Eindruck entstehen, dass man Stress hilflos ausgeliefert ist und quasi zusehen muss, was er bewirkt. Dies entspricht jedoch nicht dem Stand der Stressforschung (vgl. Lorei, 1999a, S. 55ff., 70ff.). Zum einen kann der individuelle Umgang mit Stressoren, also die Stressverarbeitung als ausschlaggebend angesehen werden. Zum anderen zeigen Studien, dass Stress durchaus leistungsfördernd sein kann (Hermanutz, Spöcker, Geiger & Schweitzer, 2000).

Ausblick

Wie Bundesminister des Innern Otto Schily im Vorwort der Erstausgabe der Zeitschrift *Polizei & Wissenschaft* betonte, überlebt sich die traditionelle Trennung der herkömmlichen Polizeiarbeit von den sie flankierenden Wissenschaften immer mehr (Schily, 2000). Entsprechend mehrt sich wissenschaftliche Diskussion, Forschung und Erkenntnis in polizeirelevanten Themenbereichen. Dies wird nicht zuletzt dazu beitragen, den polizeilichen Schusswaffeneinsatz zu optimieren und die Gefahren des Polizeidienstes zu reduzieren. Hier zeichnet sich eine intensive Diskussion wissenschaftlicher Ansätze, Perspektiven und Erkenntnisse ab, die sich im Rahmen eines zweitägigen Kongresses im März 2001 manifestiert.²³ Es bleibt zu hoffen, dass dies der Auftakt einer

Entwicklung zur Optimierung der Polizeiarbeit im Allgemeinen ist.

Literatur

Bernt, K.-P. & Kuhleber, H.-W. (1991). Das deeskalative Einsatzmodell. *Die Polizei*, 82 (9), S. 219-235.

Bortz, J. (1989). *Statistik für Sozialwissenschaftler* (3., neu bearb. Aufl.) Berlin: Springer.

Brüchert, O. & Steinert, H. (1998). Das kriegerische Mißverständnis des polizeilichen Gewaltmonopols: Am Beispiel "Aufräumen wie in New York". In: H. Ortner, A. Pilgram & H. Steinert (Hrsg.) *Die Null-Lösung. Zero-Tolerance-Politik in New York - das Ende der urbanen Toleranz?* (S. 17-38). Baden-Baden: Nomos.

Bundeskriminalamt (2000). *Polizeiliche Kriminalstatistik 1999 Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden BKA.

Davis, F. (1951). Crime News in Colorado Newspapers. *American Journal of Sociology*, 57, S. 325-330.

Falk, E. (2000). *Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Ein praxisbezogenes Forschungsprojekt*. Texte der Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei.

Frankfurter Neue Presse (24.6.2000). Was schützt Polizisten vor Amokläufern? *Frankfurter Neue Presse*, 24.6.2000, S. 3.

Frey, D., Stahlberg, D. & Gollwitzer, P. M. (1993). Einstellung und Verhalten: Die Theorie des überlegten Handelns und die Theorie des geplanten Verhaltens. In D. Frey & M. Irle (Hrsg.), *Theorien der Sozialpsychologie*, Bd. Kognitive Theorien (S. 361 – 398). Bern: Huber.

Füllgrabe, U. (1999). Survivability: Überlebensfaktoren in gefährlichen Situationen - Zur Psychologie der Eigensicherung. *Praxis der Rechtspsychologie*, 9 (1), S. 42-66.

Hallenberger, F. & Mueller, S. (2000). Was bedeutet für Polizistinnen und Polizisten 'Stress'? *Polizei & Wissenschaft*, 1/2000, S. 58-65.

Hasselmann, J. (27.6.2000). Sicherheit für Polizisten. Ordnungshüter soll schneller zur Pistole greifen. *Tagesspiegel*, 27.6.2000.

Hermanutz, M., Spöcker, W., Geiger, S. & Schweitzer, S. (2000). Schießen mit kühlem Kopf unter Stressbedingungen. Ergebnisse von zwei experimentellen Studien. *Polizei & Wissenschaft*, 1/2000, S. 45-57.

Hessische Ministerium des Innern (23.10.1989). AZ. III B 17 - 7 t 02: Aufbewahrung und Behandlung von Schußwaffen und Munition, Führen der Schußwaffe im Dienst, Besitz und Führen von Schußwaffen außerhalb des Dienstes.

Jäger, J. (1988). *Gewalt und Polizei*. Pfaffenweiler: Centaurus.

Jäger, J. (1991). Gewalt und Polizei. Ein Lehrbeispiel für die (De-) Eskalation von Konflikten. *Die Polizei*, 81 (9), S. 213-218.

Krämer, W. (1997). *So lügt man mit Statistik* (7., überarb. und erw. Aufl.). Frankfurt: Campus.

Lester, D. (1996). Predicting the rate with which law enforcement officers are murdered. *Psychological Reports*, 78, S. 578.

Lester, D. (1999). Predicting the rate with which law enforcement officers are assaulted, injured, and killed. *Psychological Reports*, 85, S. 606.

Lorei, C. (1999a). *Der Schußwaffeneinsatz bei der Polizei. Eine empirisch-psychologische Analyse*. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

Lorei, C. (1999b). Sicherheit von Schutzwesten aus psychologischer Sicht. *Hessische Polizeirundschau*, 7-99, S. 8 - 9.

Lorei, C. (1999c). Wissenschaftliche Studie zum Schußwaffeneinsatz bei der Polizei. *Hessische Polizeirundschau*, 7-99, S. 12-14.

Lorei, C. (2000a). Zur Schießausbildung der Polizei. Einstellungen von Polizeibeamten zum Schusswaffeneinsatz. *Kriminalistik*, 1/00, S. 44-49.

Lorei, C. (2000b). Willkommen in der Realität (Teil 1). Psychologische Grundlagen einer realistischen Schießausbildung. *Magazin für die Polizei*, 289, S. 19-22.

Lorei, C. (2000c). Willkommen in der Realität (Teil 2). Psychologische Grundlagen einer realistischen Schießausbildung. *Magazin für die Polizei*, 290, S. 35-37.

- Lorei, C. (2000d). Willkommen in der Realität (Teil 3). Psychologische Grundlagen einer realistischen Schießausbildung. Magazin für die Polizei, 291/292, S. 15-19.
- Lorei, C. (2000e). Fallsammlung von Schusswaffengebräuchen im polizeilichen Zusammenhang für die Jahre 1993-2000. Stand 31. 10..2000 [WWW-Dokument] URL: <http://www.schusswaffeneinsatz.de/Schusswaffeneinsatz/fallsammlung.htm>.
- Lorei, C. (2000f). Psychologische Aspekte und Probleme des Schusswaffeneinsatzes der Polizei. Ergebnisse einer Studie zum polizeilichen Schusswaffeneinsatz (Teile 1-5). Magazin für die Polizei, Hefte 293-298.
- Lorei, C. (2001a). Das Tragen von Schutzwesten bei der Polizei. Polizei & Wissenschaft, 1/2001, S. 13-39.
- Lorei, C. (2001b). Statistiken zum polizeilichen Schusswaffeneinsatz: Von Eisbergen, dunklen Ziffern und Meisterschützen. Magazin für die Polizei, (im Druck).
- Mummendey, H. D. (1988). Die Beziehung zwischen Verhalten und Einstellung. In H.D. Mummendey (Hrsg.), Verhalten und Einstellung (S. 1 – 26). Berlin: Springer.
- Mummendey, H. D. (1995). Die Fragebogen-Methode: Grundlagen und Anwendung in Persönlichkeits-, Einstellungs- und Selbstkonzeptforschung (2., korrigierte Aufl.). Göttingen: Hogrefe.
- National Criminal Justice Commission, (1998). Angst, Politik und die Gefängnisindustrie. In: H. Ortner, A. Pilgram & H. Steinert (Hrsg.) Die Null-Lösung. Zero-Tolerance-Politik in New York - das Ende der urbanen Toleranz? (S. 41-66). Baden-Baden: Nomos.
- Neuwirth, D. (1997). Polizeilicher Schußwaffengebrauch gegen Personen. Hilden: Verlag Deutsche Polizeiliteratur.
- Polizeiführungsakademie (1994). Angriffe auf Polizeibeamte. Münster-Hiltrup: PFA.
- Reason, J. (1994). Menschliches Versagen: psychologische Risikofaktoren und moderne Technologien. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag.
- Rosenberg, M. J. & Hovland, C. I. (1960). Cognitive, affective, and behavioral components of attitudes. In C. I. Hovland & M. J. Rosenberg (eds.), Attitude Organization and Change. New Haven: Yale University Press [zitiert nach Stahlberg & Frey, 1992, S. 145f.].
- Schily, O. (2000). Vorwort zur Erstausgabe der Zeitschrift Polizei & Wissenschaft. Polizei & Wissenschaft, 1/2000, S. 1.
- Schmalzl, H. P. (1996). Risikoverhalten und Risikoentscheidung. In: M. Hermanutz, C. Ludwig & H. P. Schmalzl (Hrsg.), Moderne Polizeipsychologie (S. 162-173). Stuttgart: Boorberg.
- Sessar, K., Baumann, U. & Müller, J. (1980). Polizeibeamte als Opfer vorsätzlicher Tötung. Wiesbaden: BKA.
- Six, B. & Eckes, T. (1994). Fakten und Fiktionen in der Einstellungs-Verhaltens-Forschung: Eine Metaanalyse. Zeitschrift für Sozialpsychologie, 25 (4), S. 253 – 271.
- Six, B. & Eckes, T. (1996). Metaanalysen in der Einstellungs-Verhaltens-Forschung. Zeitschrift für Sozialpsychologie, 27 (1), S. 7 – 17.
- Six, B. (1998). Moderatoren der Einstellungs-Verhaltens-Relation. In E. H. Witte (Hrsg.), Sozialpsychologie der Kognition: Soziale Repräsentationen, subjektive Theorien, soziale Einstellungen: Beiträge des 13. Hamburger Symposions zur Methodologie der Sozialpsychologie. Lengerich: Pabst. (S. 206 – 228)
- Sohnemann, J. (1996). Irgendwie clever, der Dienstherr. Polizei-heute, 3, S. 94-98.
- Stahlberg, D. & Frey, D. (1992). Einstellung I: Struktur, Messung und Funktionen. In W. Stroebe, M. Hewstone, J.-P. Codol & G.M. Stepherson (Hrsg.), Sozialpsychologie: Eine Einführung (S. 144 – 170). Berlin: Springer.
- Thewes, W. (1988). Rechtliche und praktische Grundsatzfragen des polizeilichen Schusswaffeneinsatzes gegen Personen mit der Absicht oder dem Risiko der Toetung. Dissertation an der Universität das Saarlandes.
- Thomas, A. (1991). Grundriß der Sozialpsychologie: Band 1: Grundlegende Begriffe und Prozesse. Göttingen: Verlag für Psychologie.
- Wenninger, G. (1991). Arbeitssicherheit und Gesundheit. Psychologisches Grundwissen für betriebliche Sicherheitsexperten und Führungskräfte. Heidelberg: Asanger.

Fußnoten:

1. vgl. Neuwirth, 1997, S. 25ff.
2. Neuwirth, 1997, S. 24.
3. Aus Gründen der Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form der Begriffe Polizist und Polizeibeamter verwendet ohne damit eine Wertung oder Differenzierung ausdrücken zu wollen. Selbstverständlich sind Polizistinnen und Polizeibeamtinnen in dieser Formulierung gleichberechtigt enthalten.
4. Z.B. erlässt das Hessische Ministerium des Innern für Polizeibeamte (23.10.1989), dass die Schusswaffe im Dienst grundsätzlich zu führen ist.
5. Ich weise nachdrücklich daraufhin, dass hier keine erschöpfende und juristisch fundierte Betrachtung angestellt und eine entsprechende Aussage formuliert werden soll!
6. Es wird meist von Befugnissen, Rechten und Handlungsermächtigungen gesprochen (z.B. Neuwirth, 1997).
7. Z.B. regelt das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung das Handeln auf Anordnung bzgl. des unmittelbaren Zwangs (§ 56 HSOG). Vgl. auch Thewes (1988).
8. Eine umfassendere Darstellung des Konzeptes 'Schusswaffeneinsatz' und ein psychologischer Rahmen, der eine Verhaltensanalyse zuläßt, findet sich bei Lorei (1999), S. 43ff.
9. Genau genommen beginnt er schon davor, wenn man sich z.B. Gedanken um einen Einsatz oder die Gefährlichkeit des Polizeiberufes macht oder privat Selbstverteidigung oder Schießen trainiert.
10. Ausgangspunkt für die hier und im Folgenden verwendeten Daten ist der 31.10.2000
11. Verwendet wurde die Prozedur 'Kurvenanpassung' der Regressions-Statistiken der Software SPSS 8.0.
12. Keine der ermittelten Regressionen (linear, quadratisch und kubisch) erreichte das Signifikanzniveau. Die Korrelationskoeffizienten der Regressionen betragen dabei zwischen $r=.104$ und $r=.527$. Unberücksichtigt wurde dabei gelassen, dass für die Jahre bis 1991 bzw. 1994 nur Zahlen für die alten Bundesländer vorliegen, also die gesamtdeutsche Statistik für diese Zeit eventuelle höhere Zahlen aufweist. Auch wurden nur die absoluten Zahlen betrachtet und diese nicht ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Polizisten gesetzt.
13. Geprüft wurden Korrelationen nach Pearson für die Anzahl Straftaten insgesamt, die Schusswaffenverwendung insgesamt sowie das Drohen und Schießen mit Schusswaffen, die allesamt deutlich insignifikant ausfielen. Für Mord und Totschlag, Körperverletzung und Gewaltkriminalität konnte der PKS leider kein genaues Zahlenmaterial für den erforderlichen Zeitraum entnommen werden.
14. Die Anzahl der Straftaten insgesamt, die Schusswaffenverwendung insgesamt sowie das Drohen und Schießen mit Schusswaffen weisen in den letzten Jahren statistisch signifikant abnehmende Trends auf. Die In-Augenschein-Nahme der Entwicklung der Körperverletzungsdelikte und der Gewaltkriminalität deuten eher auf eine steigende Fallzahl hin, während Mord und Totschlag in der PKS abzunehmen scheint.
15. Unter Autokorrelation ist die zeitverzögerte Korrelation, also statistische Zusammenhangsanalyse, einer Zeitreihe mit sich selbst zu verstehen. Die Zeitverzögerung wird dabei als Lag bezeichnet.
16. Ein Lag von 3 Jahren erwies sich für die Autokorrelation der Datenreihe 'getötete Polizisten' mit $r=-.470$ als statistisch nur knapp insignifikant ($p=.076$). Die partielle Autokorrelation, die um die Korrelationen geringerer Lags bereinigt ist, zeigt bei einem Lag von 3 und 4 Jahren eine statistische nur knapp nicht bedeutsamen Zusammenhang ($r=-.455$ und $r=-.488$) zwischen den Anzahlen getöteter Polizisten auf. Dies bedeutet, dass die Anzahl getöteter Polizisten eines Jahres, mit der 3 bzw. 4 Jahre später tendenziell - nichts statistisch signifikant - mittelmäßig umgekehrt zusammenhängt. Bei keiner Autokorrelationsart ergibt sich für die Zeitreihe der getöteten Polizeigegegenüber ein statistisch bedeutsames Lag
17. Während Bernt & Kuhleber (1991, S. 221) die Eskalation als Prozess zirkulärer Interaktion innerhalb eines einzelnen Einsatzgeschehens quasi auf Mikroebene beschreiben, soll hier eher auf einer Makroebene die Thematik Gewalt gegen Polizeibeamte betrachtet werden.
18. Unter einer Kreuzkorrelation ist die zeitverzögerte Korrelation, also statistische Zusammenhangsanalyse, zwischen zwei Zeitreihen zu verstehen. Die Zeitverschiebung wird dabei als Lag bezeichnet.
19. Optimieren bedeutet in diesem Zusammenhang, den Schußwaffeneinsatz so zu organisieren, daß er mit so wenig negativen Konsequenzen für den Polizisten und das Polizeigegegenüber verbunden ist, wie möglich.
20. Das Fällen einer diesbezüglichen Entscheidung muss nicht unbedingt auf langwierigem Abwägen verschiedener Argumente basieren, sondern kann auf verschiedene Art stattfinden (siehe Lorei, 1999a, S. 49ff.)
21. In wie weit der Bürger potenzielle 'Belästigungen' akzeptiert, die durch eine erhöhte polizeiliche Eigensicherung entstehen könnten, versuche ich mittels einer Befragung im Winter 2000 zu beleuchten
22. vgl. Frankfurt, 1.7.1999, Bad Hersfeld, 18.1.2000 und Dortmund, 14.6.2000 (Lorei, 2000e).
23. 'Schusswaffeneinsatz bei der Polizei: Beiträge aus Wissenschaft und Praxis': Kongress am 14. und 15. März 2001 im Vortragssaal der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main. Informationen unter www.polizeiundwissenschaft-online.de/Aktivitaeten/aktivitaeten.html oder beim Verfasser dieses Beitrages.